

Frankfurter Allee 35-37 A
10247 Berlin-Friedrichshain-
Kreuzberg

■ 5 Samariterstr.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ■ Frankfurter Allee 35-37 A ■ D-10247 Berlin

www.berlin.de/sen/bjw

Martina Peter
GEV Rosa-Parks-Grundschule
Reichenberger Str. 65

10999 Berlin

Geschäftszeichen 02 | 2
Bearbeitung Christian Bobusch
Zimmer 5111
Telefon 030 90298 3526
Zentrale ■ intern 030 90298- 0 ■ 9298
Fax +49 30 90298 3522
eMail christian.bobusch
@senbjw.berlin.de
Datum 03.02.2015

Protestschreiben der Elternschaft der Rosa-Parks-Grundschule

Sehr geehrte Frau Peter,

in dem Protestschreiben der Eltern der Rosa-Parks-Grundschule vom 10.12.2014 luden Sie zu mich einem Gespräch über die in dem Schreiben angesprochenen Punkte in die Schule ein. Nach einer intensiven Besprechung zwischen dem Schulleiter der Rosa-Parks-Grundschule, Herrn Hänel, der Fachaufsicht für ergänzende Förderung und Betreuung in Friedrichshain-Kreuzberg, Frau Wailand, und mir als zuständige Schulaufsicht zu diesen Punkten fand dann das gewünschte Gespräch zwischen einigen Eltern, dem Schulleiter, Frau Wailand und mir am 13.01.2015 in der Zeit von 17.00 bis 18.15 Uhr statt.

In diesem Gespräch einigten wir uns, dass ich Ihnen auf Ihren Brief auch noch schriftlich antworte. Zu den einzelnen Punkten der Forderungen aus Ihrem Protestschreiben (ich habe sie der Reihenfolge nach nummeriert) nehme ich wie folgt Stellung:

1. Während eines hohen Krankenstandes im Erzieherbereich wurde durch die Schulleitung ein kurzfristiges Aussetzen der verpflichtenden Teilnahme an der Ganztagsbetreuung für die Klassenstufe 5 und 6 erwogen. In einer GEV-Sitzung wurde diese geplante Maßnahme von einem großen Teil der Eltern unterstützt und dann durch die Schulleitung entsprechend vorgenommen. Eine Notbetreuung blieb zu jederzeit abgesichert.
Im laufenden Schuljahr wurden drei Einstellungen im Erzieherbereich realisiert. Die Schule war zu diesem Zeitpunkt bei einem Bedarf von 20,53 Vollzeiteinheiten (VZE) mit 21,01 VZE (davon 1 VZE befristet) gut ausgestattet. Krankheitsbedingt fehlten derzeit aber längerfristig vier Erzieherinnen. Die langzeiterkrankte koordinierende Erzieherin ist noch nicht lange genug krank, um eine Antragstellung auf befristete Einstellung vorzunehmen, in einem anderen Fall kann eine befristete Einstellung erst nach Ablauf des Mutterschutzes erfolgen. Für eine seit März 2013 krank gemeldet Erzieherin wurde ein Antrag auf befristete Einstellung von der Stellenwirtschaft zunächst abgelehnt, kurz vor den Weihnachtsferien aber bewilligt.

2. An der Schule werden alle Unterrichtsstunden laut Stundentafel planmäßig erteilt. Einschränkungen ergaben sich durch den relativ hohen krankheitsbedingten Ausfall im Oktober und November. Dabei kam es zu einem Ausfall im Bereich der zusätzlichen Stunden, um Vertretungen zu gewährleisten. Zur optimalen Gestaltung der Vertretungsorganisation erfolgt derzeit weitere schulaufsichtliche Beratung.
3. Die Hausaufgabenbetreuung ist vollständig sicher gestellt.
4. Die Schule ist mit einer Stelle aus dem Programm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen über das SPI ausgestattet. Die Schule nimmt am Bonusprogramm teil, worüber zahlreiche AGs finanziert werden.
5. Siehe 2.
6. Die Bearbeitungszeit für Anträge auf Feststellung sonderpädagogischem Förderbedarfes beträgt aufgrund der ansteigenden Anzahl in der Regel zwischen zwei und vier Monaten. Die Bearbeitungszeit eines Falles von angeblich 12 Monaten, ist mir nicht bekannt. Ich bitte um namentliche Nennung, um genaue Ursachenforschung vornehmen zu können.
7. Die Stundenzuweisung für die Schule zu sonderpädagogischem Förderbedarf zu diesem Zeitpunkt betrug 112 h:
 - 31 Stunde für die SAPH
 - 49 Stunden für die Schüler/innen der Fördergruppe I (das entspricht einer Zuweisung von 1,8 Stunden pro Schüler/in)
 - 16 Stunden für 2 Kinder der Fördergruppe III
8. Diese Möglichkeit ist prinzipiell gegeben. Nur für Vertretungseinstellungen über zwei Monate muss es ein Auswahlverfahren unter Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen erfolgen, wodurch sich der Vertrags- und Einsatzbeginn verzögert. Laut Rückmeldungen zu PKB-Einstellungsverfahren melden sich jedoch angeschriebene Bewerberinnen und Bewerber oftmals auf Einladungen zu Auswahlgesprächen nicht einmal mehr zurück. Im laufenden Schuljahr konnte eine langfristig erkrankte Kollegin an der Rosa-Parks-Grundschule problemlos im Rahmen der Personalkostenbudgetierung eingestellt werden.
9. Die Ausweitung der Personalkostenbudgetierung auf das Erzieherpersonal würde ich begrüßen.

Die Schulleitung wird fortlaufend von uns weiter entsprechend beraten. Derzeit werden die Erstellung neuer und die Überarbeitung vorhandener Konzepte terminiert. Der Schulleiter Herr Hänel wird Sie immer wieder über den Stand der Arbeiten informieren.

Für weitere Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



- Christian Bobusch -
02 | 2k



Gesamtelternvertretung

Martina Peter
Rosa-Parks-Grundschule Berlin
Reichenberger Str. 65
10999 Berlin
mail: gev@rosa-parks-grundschule.de
Tel. 0157 - 73 16 17 90

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Außenstelle Friedrichshain-Kreuzberg

Schulaufsicht

Christiane Kose
Frankfurter Allee 35/37
10247 Berlin

Berlin, 10.12.2014

Protestschreiben Rosa-Parks- Grundschule

Sehr geehrte Frau Kose,

wir, die Eltern an der Rosa-Parks- Grundschule freuen uns über die schnelle Abwicklung der baulichen Maßnahmen an unserer Schule (Turnhalle, Toiletten etc.) und bedanken uns ganz herzlich. In den letzten zwei Jahren haben wir Eltern gemeinsam mit SchülerInnen, Schulleitung und dem gesamten Personal der Schule an einem neuen Schulprogramm gearbeitet, das sehr guten Anklang gefunden hat. Wir finden es deshalb jetzt umso empörender, dass dieses gute Programm nicht zur Zufriedenheit aller umgesetzt werden kann - denn seit Beginn des Schuljahres 2014/15 fehlt an der Rosa-Parks-Grundschule Personal. Wir haben eine hervorragende, kompetente und engagierte Schulleitung und viele sehr engagierte Pädagoginnen an unserer Schule. Diese tragen im Augenblick eine viel zu große Last auf ihren Schultern! Wir wollen sie unterstützen und wenden uns deswegen mit diesem Schreiben an Sie.

Die Ausstattung sowohl mit LehrerInnen wie auch mit ErzieherInnen ist so knapp bemessen, dass es regelmäßig zu Unterrichtsausfällen und Streichung der schulgesetzlich zugesicherten Betreuungspflicht am Nachmittag kommt. Seit den Sommerferien war die Nachmittagsbetreuung für die Klassenstufen 5 und 6 aufgehoben (nur für die Klassenstufe 5 seit den Herbstferien wieder aufgenommen). Aufgrund eines durchschnittlich erwartbaren Krankenstandes, besonders in den Herbst- und Wintermonaten, wird die Aufrechterhaltung des Schulunterrichts auch weiterhin nicht möglich sein. Krasses Beispiel ist z. B. die Klasse 5a, in der seit der vermeintlichen Einführung des Englischunterrichtes in der dritten Klasse der Englischunterricht faktisch ausgefallen ist. Das entsprechende Echo der neuen Klassenlehrer in der Klassestufe 5 ist verheerend: Der Bildungsstand der SchülerInnen in Englisch ist der von Anfängern nach wenigen Monaten, nicht der von SchülerInnen im dritten Jahrgang Englisch! Die

10.12.2014

Perspektive für den Übergang zu weiterführenden Schulen ist alarmierend.

Die Einrichtung einer Notbetreuung für den Nachmittag war trotz großen Engagements seitens der Schulleitung nur teilweise erfolgreich, da auch bei den ErzieherInnen eine Unterbesetzung herrscht, die Anzahl der zu betreuenden Kinder (trotz Einschränkung des Nachmittagsbetriebs) aber nur unwesentlich zurückgegangen ist. Es ist klar, dass sowohl die Aufsichtspflicht als auch die qualitative Betreuung der Kinder zwangsläufig leidet. Eine intensive Hausaufgabenbetreuung für SchülerInnen, die es nötig haben, kann so nicht geleistet werden. Gerade der Ausfall von Fachunterricht, die mangelnde Hausaufgabenbetreuung und der fehlende Förderunterricht am Nachmittag in den 5. und vor allem 6. Klassen gefährdet erfolgreiche Übergänge an weiterführende Schulen! Von chancengerechter Bildung kann hier nicht mehr die Rede sein.

Die Schulleitung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Vertretungsunterricht zu organisieren, ihr Bestes getan. Aber die Ressourcen an der Schule sind erschöpft. Der Schulleitung sind leider in solchen Fällen enge Grenzen gesetzt. VertretungslehrerInnen neu an die Schule zu holen, ist bei den kurzfristig auftretenden Erkrankungen zeitnah nicht realisierbar, weil das Verfahren der Personalkostenbudgetierung (PKB) eben Zeit braucht, was jeder weiß, der sich im Schulalltag auskennt. Dies ist ein strukturelles Problem, das berlinweit bekannt ist und an unserer Schule zu dramatischen Konsequenzen geführt hat. Der Krankenstand ist aus eigenen Mitteln des Kollegiums nicht kompensierbar, da die Personaldecke äußerst dünn angesetzt ist.

Laut Schulleitung ist täglich fest mit 6-7 krankheitsbedingten Ausfällen zu rechnen.

Durch diese dauerhafte Überbeanspruchung ist nicht nur die Gesundheit aller pädagogischen Kräfte bedroht, sondern auch die Motivation aller MitarbeiterInnen, die ein ungewöhnlich hohes Maß an Vertretungsstunden ableisten müssen.

Hinzu kommt, dass an unserer Schule eine nicht unerhebliche Zahl von LehrerInnen kurz vor der Pensionierung steht. Aus unserer Sicht handelt es sich um einen zu großen Anteil des Kollegiums von Krankmeldung zu Krankmeldung, zeigt ein vermindertes Interesse an der programmatischen Ausrichtung der Schule und ertrinkt in der Bewältigung des schulischen Alltags, der unter den erschwerten Bedingungen zunehmend schwieriger zu organisieren ist. Wir haben keinerlei Verständnis dafür, dass die Rosa-Parks-Schule, die sowieso schon einen nicht ganz einfachen Fusionsprozess (von Paul-Dohrmann- und Niederlausitzschule) hinter sich hat, mit den nun angelaufenen Problemen von Seiten der Behörden alleingelassen wird.

Das verbleibende Personal an LehrerInnen wie an ErzieherInnen ist am Limit der Belastbarkeit angelangt. Dies führt zu erhöhtem Stress unter allen Beteiligten, worunter nicht nur die Erwachsenen, sondern vermehrt auch die SchülerInnen leiden. Die Atmosphäre in den Klassen ist durch einen ansteigend hohen

Lärmpegel gekennzeichnet. Hier kann keine gute Lernumgebung entstehen. Der Ton an der Schule ist deutlich rauher geworden, und es sind vereinzelte Vorfälle beobachtet worden, die mit dem Leitbild der Schule nicht vereinbar sind. Uns geht es nicht um Einzelpersonen, sondern um die grundsätzliche Situation an Berliner Schulen, unter denen die Rosa-Parks-Schule momentan ein besonders trauriges Beispiel darstellt. Schulleitung, Lehrerkollegium und ErzieherInnen bemühen sich nach Kräften, aber irgendwann sind die Möglichkeiten ausgeschöpft.

Besonders besorgniserregend ist es, dass im Rahmen der Umschichtungen die Förderstunden für Kinder mit Förderbedarf als erstes auf der Strecke bleiben. Das Angebot an die Rosa-Parks-Schule, am Schulversuch Schwerpunktschule Inklusion teilzunehmen, kann von Elternseite eigentlich nur als zynisch gewertet werden, da Senat und Schulverwaltung mit dem Angebot keine konkreten Zusagen bezüglich Personal oder Sachmitteln verbunden haben. Ohne Aufstockung von Personal- und Sachmitteln wäre es unverantwortlich, z.T. mehrfachbehinderte Kinder an unserer Schule aufzunehmen – dem zusätzlichen Betreuungsaufwand kann so keine Lehrkraft gerecht werden, abgesehen davon, dass die Unterrichtsqualität für alle Schüler ohne Kompensation der Mehrbelastung darunter leiden würde. Obwohl die Rosa-Parks-Schule schon eine Reihe von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat, gibt es nach wie vor nur zwei Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an der Schule. Das ist eindeutig zu wenig. Wenn zudem Anträge für einen zusätzlichen Förderbedarf mitunter bis zu zwölf Monaten (ein ganzes Jahr!) bis zur Bewilligung dauern, wie ein Erfahrungsbericht aus unserem Lehrerkollegium belegt, darf man sich über das mangelnde Zutrauen in die Maßnahmen seitens der zuständigen Behörden nicht wundern. Unter diesen Umständen hat die Gesamtkonferenz dieses Angebot zum Schulversuch Schwerpunktschule Inklusion mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Es ist zu befürchten, dass nicht nur die LehrerInnen und ErzieherInnen unter solchen Bedingungen auf Dauer die Motivation verlieren, sondern auch die Kinder keine Lust mehr verspüren, zur Schule zu gehen. Jetzt ist schon festzustellen, dass einige Klassen den Anschluss an den Lehrplan verloren haben. Eltern stellen sich die Frage, warum die Kinder eine Ganztagschulpflicht haben, wenn dann aber die Bedingungen innerhalb des Schulsystems so unzulänglich sind, dass der Bildungsauftrag der Schule systematisch nicht erfüllt werden kann. Und einige Eltern beginnen darüber zu sprechen, ob ein Schulwechsel nicht besser wäre. Wir finden es skandalös, wie Schulleitung, Lehrerkollegium und ErzieherInnen der Rosa-Parks-Schule von der Politik und den vorgesetzten Behörden im Stich gelassen wird. Das ist unzumutbar und bedroht unser bisheriges Vertrauen in die schulische Bildung. Hier hat der Berliner Senat und seine dafür beauftragten Behörden eine Verantwortung wahrzunehmen – und zwar umgehend.

Wir fordern Sie daher auf,

- die Realisierung des zugesicherten gebundenen Ganztagsbetriebs ab sofort wieder für alle Klassen sicherzustellen. Die Aufhebung des gebundenen Ganztages ist eine Katastrophe für berufstätige Eltern!
- unverzüglich den Unterricht in allen Fächern zu gewährleisten und die entsprechenden LehrerInnen dafür einzustellen, so dass unsere Kinder entsprechend dem Lehrplan unterrichtet werden können;
- ab sofort die Hausaufgabenbetreuung während der Schulpflichtzeit (bis 16.00 Uhr) sicherzustellen, indem genügend Erzieherinnen an die Schule geholt werden;
- umgehend die Arbeitsgemeinschaften, Projektarbeiten und Freizeitangebote am Nachmittag mit personellen und finanziellen Mitteln zu unterstützen;
- ab sofort die Schulen der Realität entsprechend mit einem Krankheitspuffer personell auszustatten inklusive aller Integrations-, Förder- und Teilungsstunden, die nicht zugunsten von Krankheitsvertretungen abgezogen werden dürfen!
- ab sofort die Bearbeitungszeit für Anträge für einen zusätzlichen Förderbedarf auf max. 6 Wochen zu verkürzen sowie das Procedere zu vereinfachen;
- uns SonderpädagogInnen und IntegrationserzieherInnen in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen (gemeint ist hier als Maßstab die täglich Realität, die GrundschülerInnen im Moment tatsächlich erleben, wir distanzieren uns ausdrücklich von Zumessungen, die wie die Bedarfsumessung des Berliner Senats u. E. nichts weiter als ein statistischer Taschenspielertrick sind);
- in einem weiteren Schritt fordern wir Sie zu einer strukturellen Veränderung in dem Verfahren der Personalkostenbudgetierung auf, so dass VertretungslehrerInnen zukünftig auch bei kurzfristig auftretenden Erkrankungen zeitnah an die Schule geholt werden können. Es muss ein direktes und schnelles Einstellungsverfahren geben. Im Zuge dessen auch eine Neubemessung der Personaldecke;
- die Personalmittelbudgetierung auch auf die ErzieherInnen, also auf das

gesamte Personal auszuweiten.

Wir Eltern haben die Nase voll von schönen Worten und luftigen Versprechungen, aus denen dann doch nichts folgt. Wir fordern klare Maßnahmen, die zur Behebung der Misere an den Berliner Schulen führen, damit auch unsere Rosa-Parks-Schule endlich ihrem Auftrag und dem guten Schulprogramm gerecht werden kann. Wir möchten deshalb zu einem Gespräch an unserer Schule mit Eltern und VertreterInnen der regionalen Schulaufsicht und der Senatsverwaltung einladen. Wir bitten Sie als verantwortliche Vertreterin der Schulaufsicht daher um Terminvorschläge.

Wir informieren Sie auch gern genauer und detailliert zu den einzelnen Punkten (s.o.).

Mit freundlichen Grüßen

die Eltern an der Rosa-Parks- Grundschule